

Aktionsgruppe

Biber

Schwörhausgasse 11
89073 Ulm



Aktionsgruppe Biber • Schwörhausgasse 11 • 89073 Ulm

persönlich
Herrn Ministerpräsident
Erwin Teufel
Richard-Wagner-Straße 15

70184 Stuttgart

Ulm, den 23. Juni 2001

Worte und Taten: Regierungserklärung und Hennenhaltungsverordnung (HhVO)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

zu aller erst möchten wir Ihnen sehr herzlich zu Ihrer Wiederwahl gratulieren. Wir wünschen Ihnen eine gute Hand in der kommenden Legislaturperiode. Außerdem danken wir Ihnen zu dem Passus zum Thema Tierschutz in Ihrer Regierungserklärung vom 20. Juni 2001:

Lebensschutz ist auch Tierschutz. Deshalb haben wir den Tierschutz als Zielbestimmung in die Landesverfassung aufgenommen. Wir werden uns auch in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, den Tierschutz weiter zu verbessern. Das heißt konkret:

- Artgerechte und flächengebundene Tierhaltung, auch europaweit.
- Deutliche Verkürzung der Transportzeiten für Lebendviehtransporte.
- Abschaffung der EU-Exportbeihilfen für Lebendviehtransporte.
- Europaweites Verbot aller Leistungsförderer auf der Basis von Antibiotika und des prophylaktischen Einsatzes von Antibiotika als Tierarzneimittel.

Dafür werden wir uns im Land, beim Bund und in der Europäischen Union engagieren.

Der letzten Ausgabe des "Spiegel" entnahmen wir, dass der neue Entwurf für eine Hennenhaltungsverordnung (HhVO) am Widerstand der Länder im Bundesrat zu scheitern droht. Wir möchten Sie daher eindringlich darum bitten, dass den Worten in der o.g. Rede nun auch Taten folgen: Das bedeutet, dass Baden-Württemberg für die Annahme des Entwurfes für die HhVO in der jetzigen Form stimmen und sich gegen jegliche Verwässerung der dort definierten Tierschutzstandards sträuben sollte, die wir als einigermaßen akzeptablen Kompromiss ansehen.

Wir erwarten, dass die Worte in der Regierungserklärung nicht (weniger als einen Monat später) durch das Verhalten im Bundesrat Lügen gestraft werden.

Mit freundlichen Grüßen

(i. A. Dr. Pedro de la Fuente)

Hinweis: ein ähnlich lautendes Schreiben ergeht an Minister Stächele.